

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die hohe Zahl der Flüchtlinge ist eine große Herausforderung für Deutschland und Europa. Deutschland hat diese Herausforderung angenommen. Wir sind den zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern dankbar, ohne die diese Aufgabe nicht zu bewältigen ist.



Die CDU als einzig verbliebene Volks- und Regierungspartei muss in der Flüchtlingsfrage ihrer enormen gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Es ist unsere humanitäre – und auch im Grundgesetz verbriefte – Pflicht, verfolgten Kriegsflüchtlingen Schutz und Asyl zu gewähren. Klar ist aber auch, dass unsere Aufnahmekapazitäten nicht unerschöpflich sind. Und schon gar nicht von vermeintlichen Asylbewerbern beansprucht werden dürfen, die sich bei uns nur ein wirtschaftlich besseres Leben erhoffen. Deshalb arbeiten wir mit Hochdruck an den dringend benötigten, strukturellen Veränderungen im Asylwesen.

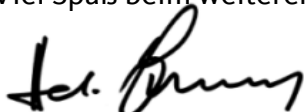
Die gestern zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten getroffenen Vereinbarungen, die voraussichtlich ab 1. November in Kraft treten werden, sind dazu richtungsweisend. Künftig unterstützt der Bund die Länder und somit die Kommunen mit einer Kopfpauschale pro Flüchtling pro Monat für die Dauer des Asylverfahrens. Die Bundesregierung übernimmt somit die finanziellen Risiken für die Anzahl der Bewerber und die Dauer der Verfahren. Die Kommunen wissen künftig genau, wieviel Geld ihnen seitens des Landes zusteht. Solange die Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, wird der Bargeldbedarf soweit möglich durch Sachleistungen ersetzt, um Anreize zur Armutsmigration zu minimieren. Außerdem werden Albanien, Kosovo und Montenegro ebenfalls zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, um Asylverfahren aus diesen Ländern deutlich abzukürzen.

Beschleunigte, aber weiterhin gründliche Asylverfahren sind die eine Seite der Medaille; die konsequente Umsetzung der Ergebnisse die andere. Die hierfür zuständigen Länder müssen Asylbewerber, deren Verfahren negativ beschieden werden, konsequent und ohne Verzögerung abschieben. Nur so schaffen wir mehr Akzeptanz für diejenigen, die unseren Schutz zurecht in Anspruch nehmen. Pseudo-humanitäre Maßnahmen wie Winterabschiebestopps, die etwa in Schleswig-Holstein und Thüringen praktiziert werden, sind hierbei nicht hilfreich.

Auf europäischer Ebene sind wir in dieser Woche bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen erheblichen Schritt weitergekommen. Die Lasten in Europa müssen gerecht verteilt werden und die europäischen Regelungen von Schengen und Dublin müssen eingehalten werden.

Weltweit zählt man mehr als 60 Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen haben und als Vertriebene oder Flüchtlinge nach Sicherheit suchen. Diese Aufgabe zu lösen, den Heimatlosen eine neue Perspektive zu geben, ist eine Angelegenheit der ganzen Weltgemeinschaft. Zudem wollen wir in der internationalen Politik dafür sorgen, dass sich Menschen erst gar nicht auf den Weg machen. So zu tun, als könne nur Deutschland eine sichere Zuflucht bieten, ist falsch und irreführend. Menschen, die sich in der Türkei oder dem Libanon aufhalten, leben durchaus in Sicherheit. Wir haben stets klar gesagt, dass unsere Hilfe vor Ort viel mehr bewirken kann, viele Menschen mehr erreichen kann als wenn wir diese in Deutschland versorgen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Einstufung Sicherer Herkunftsstaaten wirkt

Einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge hat die Klassifizierung als Sicheres Herkunftsland einen signifikanten Einfluss auf die Zahl der gestellten Asylanträge. So stieg in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 die Zahl der Asylerstanträge aus den noch nicht als sicher klassifizierten Ländern Albanien, Kosovo und Montenegro von 8.570 auf 70.637 und damit um 724 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Aus den als sicheren Herkunftsländern eingestuften Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien stellten im gleichen Zeitraum nur 32 Prozent mehr Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland, insgesamt 22.281. Damit wurden bislang in 2015 dreimal so viele Asylanträge aus den als noch nicht sicher klassifizierten Ländern des Westbalkans gestellt als aus den dortigen sicheren Herkunftsstaaten. Vor der Gesetzesänderung im November 2014 war das Verhältnis annähernd umgekehrt.

Griechenland: Zeit zum Handeln!

Ministerpräsident Alexis Tsipras hat als Vorsitzender der stärksten Partei erneut ein Regierungsmandat in Griechenland erhalten. Es ist nun an ihm, die mit der EU vereinbarten Reformen anzugehen und umzusetzen. Angesichts der langen Zeit, die mit den Verhandlungen verstrichen ist, müssen nun rasch konkrete Schritte unternommen werden.

Unsere Haltung bleibt klar: wir stehen für einen Neubeginn und haben dies mit dem gewährten Vertrauensvorschuss auch deutlich gemacht. Gleichzeitig gilt: Solidarität baut auf Solidität. Diese Solidität erwarten wir nun von der neuen griechischen Regierung.

Unternehmen in Deutschland sind investitionsfreudig

Neun von zehn Unternehmen (91 Prozent) wollen in diesem Jahr noch investieren. Das zeigt die repräsentative Umfrage "Investitionsvorhaben 2. Halbjahr 2015" der Deutschen Bank, für die 400 Unternehmer befragt wurden. Damit sind die Unternehmen in Deutschland sogar noch ausgabefreudiger als vor einem Jahr. In der Vergleichsstudie 2014 hatten 86 Prozent der befragten Finanzentscheider angegeben, bis zum Ende des Jahres noch Investitionen tätigen zu wollen. In diesem Jahr wollen drei Viertel der befragten Finanzentscheider noch in die Unternehmensinfrastruktur investieren – etwa in IT, in Mobiliar oder in den Fuhrpark. Auf Platz zwei folgen Ersatzbeschaffungen von Maschinen oder anderen Anlagegütern. Investitionen in die Neubeschaffung von Maschinen oder anderen Anlagegütern stehen an dritter Stelle.

10 Jahre für die StädteRegion Aachen im Deutschen Bundestag

Vor nunmehr zehn Jahren, im Jahr 2005, wurde ich erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Gerne möchte ich mich bei Ihnen für das damals und heute entgegen gebrachte Vertrauen bedanken.



Bild: Myrta Köhler

In der zurückliegenden Woche wurden meine Fraktionskollegen der 05-Parlamentariergruppe und ich anlässlich unseres „Jubiläums“ von Staatsministerin Prof. Böhmer zu einem Abendessen in die Villa Borsig, dem Gästehaus des Auswärtigen Amtes, eingeladen. Eine große Ehre, den Abend an dem Ort zu verbringen, der sonst hochrangigen Staatsgästen vorbehalten ist.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 15/15 25. September 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)